

V0680/24

Stellenplan 2025 für die Stadtverwaltung
(Referent: Herr Kuch)

Antrag:

1. Die nachfolgend dargestellten Veränderungen im Stellenplan für das Jahr 2025 werden genehmigt und in den haushaltsrechtlichen Stellenplan übernommen.
2. Die unter Nr. 1.3 des Kurzvortrags genannte Änderung des Stadtratsbeschlusses V741/20 vom 14.12.2020 wird beschlossen.

| | | |
|--|------------|--------------|
| Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht | 17.10.2024 | Vorberatung |
| Stadtrat | 22.10.2024 | Entscheidung |

Stadtrat vom 22.10.2024

Herr Schäuble stellt als Ziffer drei einen Ergänzungsantrag zum Stellenplan. Die Formulierung dafür soll sein, dass für das Haushaltsjahr 2026 der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss fasse, dass in der Kernverwaltung keine weiteren Planstellen geschaffen werden und die Bedarfe über Umwidmung abgedeckt werde. Weiter erklärt er die Hintergründe.

Herr Werner denkt es sei nicht der richtige Weg, wenn sich der Stadtrat selbst Fesseln anlege aus der Not. Wenn eine Stelle nicht mehr gebraucht werde, dann werde es vom Organisationsamt untersucht und unabhängig ob jetzt eine neue Stelle geschaffen werde oder nicht, diese Stelle dann eingezogen. Falls die Verwaltung einen neuen Stellenwunsch habe, dann werde dies genau geprüft und wenn die Aufgaben fordern eine neue Stelle zu schaffen, dann müsse man dies auch tun, falls keine andere Stelle vorhanden sei.

Stadtrat Stachel ist der Ansicht, dass es eine disponible Stelle gebe, die eingezogen werde und 13 Stellen die geschaffen werden. Bei den KW-Stellen sei es nicht anders, denn man verlängere mehr KW-Stellen, als man streiche. Auf Dauer funktioniere dieses Prinzip nicht, denn man müsse auf den Weg kommen, dass in der Stadtverwaltung keine Stellenmehrung mehr gebe, so Stadtrat Stachel. Das Weitern sei auch über weniger Stellen nachzudenken, da es nicht mehr finanzierbar sei. Er denkt, dass dies Ämter- und Referatsübergreifend möglich sei.

Herr Wöhrle teilt mit, dass er den Antrag von Stadtrat Schäuble unterstütze. Er entgegnet jedoch der Aussage von Stadtrat Stachel, dass bezüglich der Stellenkürzung. Hier soll erst einmal abgewartet werden. Durch den Antrag Punkt drei bleiben einige Diskussionen erspart

und erleichtere einiges das nächste halbe Jahr.

Herr Grandmontagne stellt die Frage, wie es sein soll, wenn er in seinem Amt sein soll, wenn eine neue Kita eröffnet werde und neue Erzieher benötigt werden.

Stadtrat Schäuble führt aus, dass er schon mit Herrn Kuch das Kita-Thema besprochen habe und dass nur „Kernverwaltung“ geschrieben werde. Doch wenn neue Kitas gebaut werden, sei es selbstverständlich, dass das Personal außerplanmäßig genehmigt werde. Stadtrat Schäuble teilt mit, dass er dann den Personalreferenten bitten würde, eine detaillierte Ausarbeitung zu machen.

Stadtrat De Lapuente teilt mit, dass man gerade in der Vorbereitung der Wiederbesetzungssperre sei, da diese auch noch auf die Tagesordnung komme. Weiter merkt er an, dass keine Fraktion den Mut besitze zu sagen, welche Stellen nicht besetzt werden sollen und dann dagegen stimmen.

Stadträtin Pane ist der Meinung, dass z. B. im sozialen Rathaus wo es um Anträge für Kinder gehe, keine Stellen gesperrt werden können. Deshalb plädiere sie dafür, weiterhin Planstellen geschaffen werden sollen, um zügig davon Gebrauch machen zu könne, falls es nötig sei.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld merkt an, dass zurzeit immer in den Raum gestellt werde, dass die Beteiligungsunternehmen sich nicht an der Konsolidierung beteiligen. Daher teilt er aus Sicht der IFG die Information mit, dass die einzige Stelle, die im Jahr 2025 bei der Stadt eingezogen werde, in Wahrheit eine Stelle der früheren ITK sei. Dies sei ein Beamter, der von der Stadt ausgeliehen war und nun pensioniert sei und diese Stelle werde nun gestrichen.

Stadtrat Semle führt aus, dass die Stadtratsfraktion die Grünen den Vorschlag diskutieren, ob es auf niedrigem Niveau gedeckelt werden kann. Oberbürgermeister Dr. Scharpf habe bereits im vorletzten Jahr eine Stellensperre ausgesprochen, daher sei dies nicht mehr fremd. Ebenso organisiere Herr Kuch im Moment einen Termin, um sich mit den Ausschusssprechern des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht im kleinen Kreis zusammensetzen. Er schlägt vor, alle sinnvollen Vorschläge einzubringen, um dann in dieser Runde auf eine Deckelung auf niedrigerem Niveau zu kommen.

Stadtrat Werner schlägt vor, dass das Personalreferat beauftrag werde, jede neue Stelle zu prüfen, ob dafür eine andere vorhandene Planstelle in einem anderen Referat eingezogen werden kann.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf denkt, dass Stadtrat Schäuble keinen apodiktischen Beschluss wolle, sondern erst geprüft werde.

Stadtrat Schäuble teilt mit, dass ein Grundsatzbeschluss artikuliert sei, da es dann noch im Detail ausgestaltet werden soll von Herrn Kuch.

Herr Kuch führt aus, dass diese Zielsetzung möglichst auf ein Nullwachstum der Stellen in diesem Jahr und im kommenden Jahr schon sehr gut umgesetzt sei. 2024 haben man ein Wachstum von 14 Stellen und im kommenden Jahr seien ohne den heute beschlossenen Stellen, ein Wachstum von 15 Stellen geplant gewesen. Das Jahr mit dem niedrigsten Wachstum sei das Jahr 2016 mit 31,5 gewesen und dem habe man sich bereits angenähert. Herr Kuch gibt zu bedenken, dass das Einziehen der Stellen referatsübergreifend stattfinden müsse und ein referatsübergreifendes Commitment mit dem Stadtrat benötigt werde, um zu klären, wo die vorrangigen strategischen Ziele sind, wo man Stellen belasse oder zusätzlich schaffe und wo nachrangige strategische Ziele liegen. Dies müsse dann auch in der Beschlussfassung wiederzufinden sein.

Stadtrat Dr. Lösel denkt, dass der Vorschlag von Stadtrat Schäuble einer der möglichen Maßnahmen sei. Eine andere Möglichkeit sei, dass die Personalquote nicht steigen dürfe, doch dies sei seiner Meinung nach nicht machbar. Ebenso teilt er die Meinung von Herr Kuch, dass das Wegfallen von Stellen referatsübergreifend stattfinden müsse. Des Weiteren erinnert Stadtrat Dr. Lösel an die Jahre 2003 und 2004 und erklärt die damalige Situation.

Stadtrat Dr. Meyer teilt mit, dass er bei dem Stellenplan für 2025 mitgehe und auch respektiere, dass Herr Kuch auf die verschlechternde Finanzlage sehr sensibel reagiert habe. Dies schätze die Ausschussgemeinschaft ausdrücklich. Weiter teilt er mit, dass die Lage sich weiter verdunkelt und daher ist er der Meinung, dass es ein vernünftiger Mittelweg sei, dies für ein Jahr einzufrieren. Daher soll der dritte Punkt als Klarheit belassen werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass dies der Antrag für den Stellenplan 2026 sei und jede Ziffer einzeln abgestimmt werde.

Stadtrat Werner merkt an, dass Stadtrat Schäuble einen Grundsatzbeschluss beantragt habe, dass jede Stelle die neu geschaffen werde, nur durch Streichung einer anderen Stelle möglich sei. Er ist der Meinung, dass dies nicht funktioniere. Daher schlägt er vor, dass das Personalreferat beauftragt werde, ein Konzept auszuarbeiten, in dem z. B. stehe, welche Bereiche ausgenommen sind und ansonsten bei jeder Stelle geprüft werde, ob kompensiert werden könne, durch Wegfallen anderer Stellen.

Stadtrat Semle denkt, dass Stadtrat Werner auf dem richtigen Weg sei. Der mündliche Antrag müsse seiner Meinung nach nicht sofort beschlossen werden, daher hakt er nach, ob dies im Dezember behandelt werden könne. Ein Schnellschuss sei nicht richtig, da es nicht eile.

Stadtrat Schäuble wendet ein, dass aus seiner Sicht kein Schnellschuss sei, jetzt einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Ebenso gebe es eine Ausarbeitung des Personalreferenten. Er glaubt, dass es wichtig sei das Signal zum Stellenplan 2025 abzustimmen, um zu zeigen, dass der Stadtrat verstanden habe, dass die Zeiten noch dramatischer werden.

Herr Kuch teilt bezüglich des zeitlichen Ablaufs mit, dass wenn so etwas angestrebt werde, spätestens im Dezember beschlossen werden soll, da die Gespräche mit den Referenten und den Fachämtern bezüglich dem Stellenplan 2026 Ende Dezember / Anfang Januar beginnen.

Stadtrat Werner führt aus, dass für 2025 der Stellenplan beschlossen werden kann. Herr Kuch habe bereits im Personalausschuss zugesagt, dass für 2025 keine weiteren Stellen beantragt werden. Des Weiteren ist er der Ansicht, dass der Beschluss im Dezember ausreichend sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hakt nach, was dagegenspreche, dass Herr Kuch einen Grundsatzbeschluss für Dezember vorbereite.

Stadtrat Schäuble äußert, dass er das Argument zurück in die Fraktionen verstehe und respektiere. Die Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion sei signalisiert worden. Im guten Vertrauen darauf, sei er bereit, dieses Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Kuch sichert zu, dass er bereits zu diesem geplanten Gespräch mit den Ausschusssprechern einen ersten Entwurf vorbereite.

Stadtrat Schäuble teilt mit, dass ihm wichtig sei, dass dies vor dem Haushaltsbeschluss im Stadtrat beschlossen werde.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung über den Antrag der Verwaltung V0680/24:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.